

DIE SAARFRAGE IM LICHTE NEUER LITERATUR

1. Zur wirtschaftlichen Stellung des Saarindustriegebietes

Hermann Overbeck

Immer wieder trifft man bei der politischen Beurteilung des Saarproblems selbst unter solchen dem deutschen Standpunkt gegenüber aufgeschlosseneren Beobachtern auf eine Auffassung, die — dabei den vielseitigen Fragenkomplex noch formelhaft vereinfachend — die volklich-kulturellen Bindungen der Saar zu Deutschland anerkennt, aber das Saarindustriegebiet zugleich als integrierenden Bestandteil des französischen Wirtschaftskörpers herausstellt. Wird die Einordnung der Saar innerhalb Europas in solcher Gegenüberstellung wirklich richtig gesehen? Drei wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen aus jüngster Zeit, Werner Bosch „Die Saarfrage, eine wirtschaftliche Analyse“¹⁾, Fritz Hellwig „Saar zwischen Ost und West“²⁾ und der neueste Band der *Saarländischen Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen*³⁾, liefern uns ein ausgebreitetes und wohl fundiertes Belegmaterial, mit Hilfe dessen sich der Leser von der Unvollständigkeit und Einseitigkeit der oben angeführten wirtschaftlichen Saar-These überzeugen kann. Alle drei Untersuchungen kommen — dabei vielfach auf verschiedenen Wegen — zu überraschend gleichgearteten Erkenntnissen. Das erklärt sich vor allem daraus, daß hier — zum Unterschied von den politischen Beurteilern der Saarfrage, die stark unter dem Augenblicksbild der Saarwirtschaft mit ihrem, wie es in der Präambel zur Verfassung des Saarlandes von 1947 heißt, „Anschluß“ an Frankreich stehen — den gründlicheren Weg gehen, über eine historische Betrachtung der Saarwirtschaftsprobleme die langfristigen Tendenzen zu ergründen und bei der wirtschaftlichen Strukturanalyse wohl zu unterscheiden, welche Faktoren und Einflüsse von Dauer und welche zeitbedingt sind. Das ist tatsächlich der einzige Weg, auf dem man auch von einer wissenschaftlichen Warte aus zu einem möglichst sicheren Urteil kommen kann.

Bosch gibt eine wirtschaftliche Analyse des Saarproblems und zielt darauf ab, über diese auch zu einer Beantwortung der Frage zu kommen, wohin die Saar wirtschaftlich gehört. In dem einleitenden Abschnitt über die Wirtschaftsordnung des politischen Raumgebildes Saarland werden die allgemeinen Rechtsgrundlagen für die Saarwirtschaft sowie die Besonderheiten der Steuergesetzgebung und der Sozialversicherung umrissen und auf die auffällige „Labilität des organisatorischen Zustandes“ (S. 39) an der

Saar aufmerksam gemacht, wo sich deutsche und französische Einflüsse mit Ansätzen zu eigenständigen Tendenzen mischen. Hinter all diesem aber steht als am stärksten bestimmender Faktor die Einbeziehung der Saarlande in das französische Wirtschaftssystem. Das politische Saarland ist über die frankosaarländische Währungs- und Zollunion, die auch in dem revidierten, 1955 abgeschlossenen Wirtschaftsvertrag ausdrücklich als „Wirtschaftsunion“ gekennzeichnet wird, nicht nur in das französische Währungs- und Zollgebiet eingegliedert und damit in seiner Devisen- und Handelspolitik unselbständig, sondern ist auch in der Kreditpolitik, auf dem Kapitalmarkt, auf dem Gebiete der Investitionen und in der Gestaltung der Preise und Löhne nicht Herr im eigenen Haus. Nehmen wir noch hinzu, daß die Saarsteinkohlengruben unter Aufsicht und Mitverwaltung des französischen Staates stehen⁴⁾ und die eisen-schaffende und eisenverarbeitende Industrie sich zu einem erheblichen Teil in der Hand ausländischen Kapitals befinden, so bleibt — zumindest von der Wirtschaft her gesehen — von einer Autonomie des Saarlandes nur noch wenig übrig. Denn diese ist — daran haben auch die leichten Milderungen des 1955 noch mit der alten Saarregierung abgeschlossenen Wirtschaftsvertrages mit Frankreich im Grundsätzlichen nichts geändert — „eigentlich auf allen denen Gebieten außer Kraft gesetzt, auf denen das Saarland Wirtschaftspolitik treiben sollte“ (S. 39). Diese Feststellungen sind auch für das Verständnis der politisch-geographischen Stellung des Saarlandes von ausschlaggebender Bedeutung.

Als Kernstück seiner Untersuchung bezeichnet Bosch selbst den zweiten Abschnitt seines Buches, die wirtschaftliche Strukturanalyse. Hier vor allem wird über eine historische Vertiefung der Fragestellung der Blick auf das Dauerhafte, Unveränderliche in dem Geflecht von vielfältigen Faktoren und Einflüssen gelenkt, ohne daß dabei zwar das Zeitbedingte der gegenwärtigen Situation unterbewertet wird. Einer in der Hauptsache kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die durch die Eingliederung von Gebietsteilen im Norden (654 qkm) seit 1949 zwar eine Verstärkung erhalten hat, doch ohne daß dadurch das Ernährungsproblem des Saarlandes eine wesentliche ins Gewicht fallende Erleichterung erfahren hätte, stehen Kohlenbergbau und Schwerindustrie mit ihrer das Saarrevier bestimmenden wirtschaftlichen Einseitigkeit gegenüber. Wohl sind Tendenzen zu einer industriellen Strukturwandlung seit dem 1. Weltkrieg und in verstärktem Maße auch seit 1945 bemerkbar, die sich in einer Erweiterung des Industriesystems an der Saar durch Förderung der weiterverarbeitenden Eisenindustrie und durch den Ausbau von anderen Verbrauchsgüterindustrien ausgewirkt haben. Diese Entwicklung, die im Interesse einer größeren Krisenfestigkeit der Saarwirtschaft zu begrüßen ist, ist zwar auch, soweit es sich um künstliche, in erster Linie politisch bedingte

¹⁾ Werner Bosch: Die Saarfrage. Eine wirtschaftliche Analyse. Heidelberg. 174 S. Quelle u. Meyer, Heidelberg 1954, DM 12,—.

²⁾ Fritz Hellwig: Saar zwischen Ost und West. Die wirtschaftliche Verflechtung des Saarindustriebezirkes mit seinen Nachbargebieten. 219 S. 55 Schaubilder und Karten. Ludwig Röhrscheid Verlag, Bonn 1954.

³⁾ Saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen. 6. Jahrg., 1954. H. 1/4. Bearbeitet im Statistischen Amt des Saarlandes.

⁴⁾ Die Saargruben werden seit 1954 auf Grund eines mit der damaligen Saarregierung abgeschlossenen Vertrages gemeinsam von Frankreich und dem Saarland verwaltet. Die Eigentumsverhältnisse an den Saargruben sollten erst im Friedensvertrag geklärt werden.

Gründungen handelt, unter wirtschaftlichen Aspekten nicht unproblematisch. Gemessen an dem Umsatz der saarländischen Industrie stehen sich nach den Zahlen von 1952 der Bergbau (einschließlich Energiewirtschaft) mit einem Viertel, die eisenschaffende und die eisenverarbeitende Industrie mit je einem weiteren Viertel und die übrigen Industrien, worunter die alteingewurzelte Glas- und die keramische Industrie als charakteristisch besonders hervorgehoben werden müssen, mit dem restlichen Viertel am Gesamtumsatz gegenüber⁵⁾. Auch an Hand eines Überblicks über das saarländische Volkseinkommen, das als Ausdruck der betonten Industriestruktur dieses relativ kleinen Wirtschaftsgebietes — *Bosch* spricht einmal von der großen Industriestadt Saar — pro Kopf der Bevölkerung etwas höher liegt als in der Deutschen Bundesrepublik und in Frankreich, bestätigt sich diese Einseitigkeit des wirtschaftlichen Gefüges. Denn zwei Drittel der Gehalts- und Lohnbeträge und über die Hälfte des Unternehmereinkommens (Unternehmer und andere Selbständige) werden von Bergbau und Industrie aufgebracht, und auch der restliche Anteil, der mit einem Drittel der Gehalts- und Lohnsummen und mit weniger als der Hälfte des Unternehmereinkommens von den übrigen Wirtschaftszweigen einschließlich Staat, Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften stammt, muß mittelbar ebenfalls auf den Bedarf der Industrie und der von dieser abhängigen Bevölkerung zurückgeführt werden. So leben an der Saar auf einem kleinen Raum 400 000 Erwerbstätige im Endeffekt von dem Bergbau, der Hüttenindustrie und einer noch immer relativ bescheidenen verarbeitenden Industrie, die auf einem Geschenk der Natur, dem Steinkohlevorkommen, erwachsen sind. Aus dieser Situation leiten sich weitere entscheidende Merkmale der saarländischen Wirtschaftsstruktur ab. Das Saarrevier mit seinen 385 Einwohnern pro qkm (1954)⁶⁾ muß nämlich nicht nur den überwiegenden Teil seines Nahrungsmittelbedarfs und eine große Menge notwendiger Verbrauchsgüter einführen; es braucht das Eisenerz und andere Grundstoffe für seine Industrien, und es muß vor allem von dem Absatz seiner Bergbau- und Industrieerzeugung leben. Das zwingt das Saarrevier zu einem lebhaften Wirtschaftsaustausch und begründet wirtschaftliche Verflechtungen, die zwar in den letzten Jahrzehnten stark durch politische Eingriffe in die Wirtschaftsordnung beeinflusst worden sind, bei denen sich aber die geographische Lage der Saar als ein nicht zu verändernder, deshalb entscheidender Standortfaktor immer wieder durchsetzt.

Das Problem der wirtschaftlichen Verflechtungen des Saarindustriebezirkes mit seinen Nachbargebieten ist der eigentliche Gegenstand des Buches von *Fritz*

Hellwig über die „Saar zwischen Ost und West“. Damit ergänzt es sehr nützlich die kurzen Ausführungen dazu von *Werner Bosch* in dem abschließenden Kapitel seines Buches. *Hellwig* nimmt aber im Rahmen seines durch vielfältiges statistisches Material unterbauten Hauptthemas auch zu den meisten Fragen Stellung, die in der Arbeit von *Bosch* zur Sprache kommen. Dadurch weitet sich seine Untersuchung, der außer den Statistiken — auch *Bosch* bringt einen über 30 Seiten umfassenden statistischen Anhang — 49 Karten über den Bezug und Absatz der Saarwirtschaft nach Ländern und Wirtschaftsgebieten für die Jahre 1913, 1925/30, 1936 und 1948/51 beigelegt sind, ebenfalls zu einer wirtschaftlichen Strukturanalyse des Saarrevieres aus. *Hellwigs* Urteil ist dabei nicht nur auf eine umfassende Literaturkenntnis gegründet, sondern auch auf eine langjährige Mitarbeit in der Saarwirtschaft. Am Beispiel des Kohlenabsatzes und -verbrauches, der Rohstoffversorgung und des Absatzes der Eisenindustrie sowie der übrigen Industrien, an Hand der Energiewirtschaft und des Ernährungsproblems, über die allgemeine Warenversorgung und über das Verkehrsaufkommen, sowie über die Unternehmungs- und Kapitalbindungen wird die wirtschaftliche Verflechtung des Saarrevieres einer gründlichen Durchleuchtung unterzogen und über die sehr verschiedenartigen Verflechtungsstränge der wirtschaftliche Zusammenhang des Saarrevieres vor allem mit seinen Nachbarn Deutschland und Frankreich aufgezeigt. Die daraus abgeleitete Forderung für die Saar nach Sicherung eines möglichst ungehemmten Warenverkehrs gegen Osten und Westen, die als Grundgedanke auch hinter einer europäischen Sicht der wirtschaftlichen Saarfrage steht, ist der natürliche Ausdruck der geographischen Lage des Saargebietes im allgemeinen und der wirtschaftsgeographischen im besonderen. Das Saargebiet nimmt abseits vom Meer und von größeren Wasserwegen eine ausgesprochen binnenländische Lage in West-Mitteleuropa ein, aus der sich bei seinem besonderen Industriesystem mit dem Vorherrschen frachtempfindlicher Güter der relativ geringere Anteil weiter entfernter Länder an seinem Außenhandel ableitet. Diese meerferne Lage weist daher das Saarrevier in seinen wirtschaftlichen Verflechtungen naturnotwendig auf seine Nachbargebiete hin. So hat die Saareisenindustrie in ihrem Erzbezug keine andere Wahl als die Verhüttung der lothringischen Minette, und das Saarrevier ist für seine Steinkohle und die Erzeugnisse der Schwerindustrie vor allem auf den Absatz in die weitere Nachbarschaft angewiesen. Eine Kartenskizze der großen Bevölkerungs- und Industrieballungen im Umkreis des Saargebietes, die *Hellwig* seiner Arbeit beigelegt hat, zeigt anschaulich, wo und wie die wichtigsten Verbrauchszentren dieser Nachbarschaft angeordnet sind. Der am nächsten gelegene lothringisch-luxemburgische Minette- und Eisenindustriebezirk mit dem unmittelbar an die Saar angrenzenden ostlothringischen Kohlenrevier ist — zum Unterschied von dem Zustand einer früheren Arbeitsteilung mit der Saar im Rahmen des zollpolitisch einheitlichen südwestlichen Steinkohlen- und Eisenindustriebezirkes vor 1918 — als Folge der sich immer mehr der Saar angleichenden Wirtschaftsstruktur

⁵⁾ 1954 ist der Anteil der eisenverarbeitenden Industrie nur 20 %, der des Bergbaues (einschl. Energiewirtschaft) dafür 28 % und der übrigen Industrien 27 %.

⁶⁾ Diese Durchschnittszahl verschleierte die tatsächlichen Verhältnisse; denn die Bevölkerungszahl von 987 650 (1954) Menschen ist nicht größer als die mancher Großstadt, die Volksdichte ist im Vergleich zu anderen Industriegebieten niedriger, und die Verteilung der Bevölkerung ist — abgesehen von den städtischen und industriellen Ballungszonen — recht aufgelockert.

(Ausbau des Steinkohlenbergbaues, Steigerung der Kokserzeugung in Verbindung mit weiterer Verbesserung der Hüttenkoksqualität, Übergang zu feineren Stahlerzeugnissen, Erweiterung der Elektrizitäts- und Ferngaserzeugung) auf die Dauer mehr als Konkurrenten denn als Abnehmer zu bewerten. So schaut die Saarwirtschaft wieder nach ihrem „angestammten“ süddeutschen Markt mit den stark industrialisierten Wirtschaftszentren an Oberrhein, Main und Neckar, von denen sie heute durch die kompromißlose französische Zollpolitik abgedrängt worden ist. So ist als Folge seiner geographischen Lage das Saarwirtschaftsgebiet „eingebettet zwischen dem ostfranzösischen Montanbezirk und dem süddeutschen Verbrauchergebiet“ (S. 128). Diese Mittel- und Mittlerlage gilt für den Steinkohlenbergbau und für die auf diesem erwachsene Energiewirtschaft. Sie war auch immer besonders maßgebend für die Saarrhüttenindustrie. „Das Minettegebiet ist die der süddeutschen Verarbeitung nächstgelegene Gewinnungsstätte für das Ausgangsmaterial; auf dem Wege zur Verarbeitung erfährt das Material die erste Umwandlung dort, wo dieser Weg die dafür erforderlichen Brennstoffe findet: eben im Saargebiet. Das Saargebiet ist die große Umformungsstation des Werkstoffs auf dem Weg von der Grube zur Fertigverarbeitung. So wenig, wie in dieser natürlichen Beziehung die Rohstoffseite ausgeschaltet wer-

den kann, so wenig kann es die Absatzseite“ (S. 67). Auch in bezug auf sein natürliches landwirtschaftliches Versorgungsgebiet schaut das Saarindustrieviertel nach Osten und Westen; denn alle Rand- und Nachbarlandschaften (Pfalz, Rhein-Main-Gebiet, Elsaß und Lothringen) können und haben auch — wenn ungestört von zollpolitischen Eingriffen — zu der Ernährung des industriellen Kerngebietes an der Saar beigetragen. So lassen sich auf die Dauer die wirtschaftlichen Probleme der Saar nur im Rahmen der größeren natürlichen wirtschaftlichen Raumeinheit West-Mitteleuropas, zu der Südwestdeutschland, Elsaß, Lothringen und Luxemburg hinzurechnen, befriedigend lösen. Hinter dieser wirtschaftlichen „Symbiose“ steht zwar noch der größere wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Ruhr-Saar-Lothringen⁷⁾, steht der deutsch-französische Wirtschaftsausgleich⁸⁾ im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohlen und Stahl (Montan-Union).

⁷⁾ *Colbert C. Held*: The new Saarland. In: The Geographical Review, 41. 1951, S. 592.

⁸⁾ Conseil de l'Europe. Assemblée Consultative. 6. session ordinaire. Le statut futur de la Sarre. Annexe de la commission des Affaires Générales, présenté par M. van der Goes van Naters, Rapporteur. Strasbourg 1954, S. 174 u. 267.

Die Bedeutung der Gewerbegruppen mit relativ großen und relativ geringem Gewicht im Saarland im Vergleich zu der Bedeutung dieser Gewerbegruppen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg

Gewerbegruppe	Beschäftigtenzahl in vH der Gesamtzahl der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten nach der Arbeitsstättenzählung		
	Saarland (1951)	Nordrhein-Westfalen (1950)	Baden-Württemberg (1950)
Gewerbegruppen mit relativ großem Gewicht im Saarland			
Bergbau, Steine, Energie	32,2	19,6	4,5
Eisenschaffende Industrie einschl. Gießereien	18,8	7,8	1,2
Stahlbau	3,0	2,7	1,2
Glas- und feinkeramische Industrie	2,6	0,9	0,6
Zusammen	56,6	31,0	7,5
Gewerbegruppen mit relativ geringem Gewicht im Saarland			
Verfeinerte Metallbearbeitung	6,0	12,6	22,3
Textil-, Bekleidungs- u. Lederindustrie	5,4	15,4	22,0
Papierindustrie und Druckgewerbe	1,1	2,6	4,0
Chemische Industrie, Kunststoff-, Gummi- und Asbestindustrie	1,0	4,2	2,7
Zusammen	13,5	34,8	51,0
Beide Gruppen zusammen	70,1	65,8	58,5

Dem unter der Verantwortlichkeit des verdienstvollen Leiters des Statistischen Amtes des Saarlandes Professor *Adolf Blind* herausgebrachten neuesten Band der *Saarländischen Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Jahr 1954* waren als amtliche Veröffentlichung der früheren Saar-Regierung gewisse Grenzen gezogen. So müssen die grundsätzlichen Erkenntnisse über die wirtschaftliche Orientierung des Saar-Industriegebietes öfters zwischen den Zeilen gelesen werden. Aber die Grundkonzeption über Struktur und Stellung dieses Industrieraumes ist auch hier die gleiche wie bei den beiden schon besprochenen Arbeiten^{8a)}. Das Strukturbild ist nach *A. Blind* „einerseits gekennzeichnet durch eine sich auf der nach wie vor schicksalentscheidenden Grundlage von Kohle und Stahl schrittweise in Richtung auf die Verfeinerung verbreiternde Groß- und Mittelindustrie, die in hohem Maße ausfuhrabhängig ist, und andererseits durch die auf entsprechend große Zufuhren von außerhalb angewiesenen Gewerbe- und Handwerksbetriebe, die einen zunehmenden Anteil des durch die Enge des Marktes begrenzten örtlichen Bedarfs decken, aber gegenüber den Betrieben in der Bundesrepublik vielfach noch nicht voll wettbewerbsfähig sind“⁹⁾. In dieser Analyse wird die Einseitigkeit der Struktur des Saarindustriegebietes, die wir schon erwähnten, bestätigt; diese Einseitigkeit ist dabei nicht nur durch das Vorwiegen der Schwerindustrie, sondern auch durch das Zurücktreten von Werken der verfeinerten Metallverarbeitung charakterisiert. Ein statistischer Vergleich mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (S. 18 f.), bei dem für die Saar auch der Stahlbau und die Glas- und feinkeramische Industrie in ihrem besonderen Gewicht zum Ausdruck kommt, veranschaulicht sehr gut die besondere Wirtschaftsstruktur der mittleren Saarlande. (s. Tabelle S. 149)

Aber das Bild der Wirtschaft, das *A. Blind* für die Gegenwart entwirft, zeigt doch auch — als wichtiges Ergebnis der Auswertung der Berufszählung von 1951 — ein weiteres Merkmal, einen Strukturwandel an der Saar, der zur Folge gehabt hat, daß das vor 25 Jahren „stark ausgeprägte Übergewicht der Exportwirtschaft inzwischen weitgehend zugunsten der für den örtlichen Bedarf tätigen Produktionszweige ausgeglichen worden ist“ (S. 16)¹⁰⁾. Wohl weniger an Hand der Umsatzzahlen, obwohl auch hier im Bereich der saarländischen Produktion Verschiebungen zugunsten der für den örtlichen Bedarf arbeitenden Wirtschaftszweige schon bemerkenswert sind (S. 24)¹¹⁾,

^{8a)} Als ausgezeichnete ergänzende Erläuterung zu dem Jahrgang 6 der *Saarländischen Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen* vgl. *A. Blind*, Die Saarländische Wirtschaft. In: Geographische Rundschau, 8 (1956), S. 43/54.

⁹⁾ *A. Blind* (Anm. 8), S. 44.

¹⁰⁾ Ein Vorbehalt gegenüber den Zahlen über die Erwerbspersonen in den überwiegend für den örtlichen Bedarf tätigen Produktionszweigen wird mit Recht insofern gemacht, als in diesen Zahlen auch die in der Landwirtschaft Beschäftigten enthalten sind. Die letzteren sind aber wegen der in der Landwirtschaft oft fließenden Grenzen zwischen haupt- und nebenberuflicher Tätigkeit und der von Zählung zu Zählung wechselnden amtlichen Vorschriften nur bedingt vergleichbar (S. 15 f.).

¹¹⁾ Außerdem: *Saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen*. 5. Jahrg. 1953, H. 1/4, S. 5.

als an den Zahlen der in den einzelnen Wirtschaftsgruppen beschäftigten Erwerbspersonen läßt sich diese für den saarländischen Arbeitsmarkt wichtige Umschichtung belegen (S. 16):

Berufszählung	Erwerbspersonen in den überwiegend	
	für den Export tätigen Produktionszweigen	für den örtlichen Bedarf tätig. Produktionszweigen
1927	130 764	87 643
1951	142 420	145 268

Diese vielfach durch außerwirtschaftliche Faktoren begünstigte Gewichtsverlagerung an der Saar wird aber vom Statistischen Amt des Saarlandes recht kritisch beurteilt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der seit 1945 neu entstandenen oder ausgebauten Betriebe — das gilt insbesondere für das Holzgewerbe, die Textil-, die Leder- und die Bekleidungsindustrie ebenso wie für das Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe — sind „nur hinter hohen Zollmauern lebensfähig“¹²⁾; sie sind zumindestens in ihrem Bestand noch nicht gesichert. Zudem muß diese Zunahme der vorwiegend für den örtlichen Bedarf arbeitenden Betriebe als Symptom für eine „Rückentwicklung zu einem Zustand weitgehender provinzieller Selbstgenügsamkeit“ (S. 24) gewertet werden. Einer solchen Gefahr ist am ehesten dadurch zu begegnen, daß an der Saar der Ausbau der metallverarbeitenden Industrie weiterentwickelt wird und daß die bisher auf den örtlichen Markt eingestellten Verbrauchsgüterindustrien durch Modernisierung den Anschluß an die benachbarten Marktgebiete finden. Darin liegt zugleich, da im Bergbau und in der eisenschaffenden Industrie in den letzten 25 Jahren der Anteil der Erwerbspersonen nahezu unverändert geblieben und vorerst auch keine wesentliche Änderung zu erwarten ist, die größte Aussicht für die Erhaltung der Arbeitsplätze auf dem gewerblichen Sektor, deren Zahl sich nach Ausweis der Berufszählungen von 1927 und 1951 in diesem Zeitraum um über 40 000 vermehrt hat. Trotz der erhöhten Beschäftigtenzahl und Produktionsziffern kommt daher die gewissenhafte Strukturanalyse des Statistischen Amtes zu dem Schluß, daß das gegenwärtige „Gleichgewicht der Wirtschaft an der Saar relativ labil“ (S. 8) ist.

Hinter dieser Labilität, die wir schon an der derzeitigen Wirtschaftsordnung des politischen Saarlandes aufzeigen konnten, verbirgt sich auch die unnatürliche handelspolitische Situation seit 1945, auf die wir bereits unter Bezugnahme auf *Bosch* und *Hellwig* hingewiesen haben. Die geographische Lage des Saarindustriegebietes verlangt auf allen Gebieten der Wirtschaft die Herausbildung eines „gesunden Gleichgewichtes“ (S. 5) der Handelsbeziehungen nach Osten und Westen. Für Bergbau und eisenschaffende Industrie hat sich das über die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ inzwischen schon weitgehend eingespielt. „Für die übrigen Industrien bildeten die Zollschranken und die unrealistischen Wechselkurse

¹²⁾ wie Anm. 11, S. 6.

bisher nur schwer überwindbare Hindernisse für den Absatz in der Bundesrepublik. Dabei hat die Entwicklung des Hüttenexports bewiesen, daß bereits die Gewährung von Zollfreiheit genügt, um wichtigen Industrien den deutschen Markt zu öffnen“ (S. 6).

Einig sind sich daher eigentlich alle wirtschaftlich denkenden Beurteiler der Saarfrage¹³⁾ — wenn wir von politisch einseitigen Stellungnahmen absehen — darüber, daß die Wirtschaft an der Saar auf lange Sicht nur gedeihen wird, wenn sie aus ihrer wirtschaftsgeographischen Mittellage Nutzen ziehen kann, und daß eine einseitige wirtschaftliche Eingliederung nach Westen oder Osten — das gilt vor allem im Hinblick auf die nach 1945 geschaffene Situation — für sie immer nachteilig ist. Aber es darf — wenn wir die Gewichte bei diesen Überlegungen richtig verteilen wollen — nicht übersehen werden, daß das Saarindustriengebiet ebenso wie das heutige politische Saarland auch eine Randlage einnimmt. Denn es liegt an der Grenze des deutschen Volks- und Sprachgebietes, von dem es ein integrierender Teil ist. Diese volklich-kulturelle Randlage aber ist auch nicht ohne Einfluß auf die Struktur der Wirtschaft an der Saar und darf daher auch bei den wirtschaftlichen Argumentationen nicht außer acht gelassen werden. Auch über die Lebensgewohnheiten und die daraus sich ableitenden Eigenarten des Verbrauches in Ernährung, Kleidung und Wohnung der deutschen Bevölkerung an der Saar ergeben sich besondere wirtschaftliche Bindungen. Aus diesem Grunde wird das Saarindustriengebiet — ungeachtet der gekennzeichneten wirtschaftlichen Mittellage — im Hinblick auf die fast eine Million Menschen deutscher Sprache und Kultur auch wirtschaftlich nur in Deutschland beheimatet sein können.

2. Die Entwicklung des politischen Lebens an der Saar

Klaus Altmeyer

Mit 4 Abbildungen

Die besondere Rolle des Saarproblems in der internationalen Politik ist in erster Linie auf die wirtschaftliche Bedeutung dieses Landstriches an der deutschen Westgrenze zurückzuführen. Die Untersuchungen von *Helmut Hirsch*¹⁾ bringen den Beweis, wie fast ausschließlich die wirtschaftlichen Gesichtspunkte bei der Entstehung des „Saargebietes“ mit ins Gewicht fallen. Dabei wurde — und daran hat sich bis zum 23. 10. 1955 nichts geändert — die Meinung der nahezu 1 Million deutscher Menschen in den Hintergrund

¹³⁾ Vgl. auch: Saarwirtschaft und Europäisierung des Saarlandes. Eine Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken [1954] und „Grundlinien einer neuen Wirtschaftspolitik. Ein Diskussionsbeitrag“. In: Mitteil. d. Industrie- und Handelskammer des Saarlandes. 1955, S. 732 ff.

¹⁾ *Hirsch, Helmut*: Die Saar in Versailles. Die Saarfrage auf der Friedenskonferenz von 1919. Rheinisches Archiv. Band 42, 72 S. Röhrscheid Verlag, Bonn 1952. DM 6,50.

Die Saar von Genf. Die Saarfrage während des Völkerbundregimes von 1920—1935. Rheinisches Archiv, Band 46, 96 S. L. Röhrscheid Verlag, Bonn 1954.

gedrängt. Es ist daher ein Verdienst, wenn einige Autoren die politische Einstellung der Menschen an der Saar — in Vergangenheit und Gegenwart — zum Gegenstand besonderer Studien machen. Dies geschah durch *Josef Bellot*²⁾ und Professor Dr. *A. Blind*³⁾.

Die Verfasser bekunden mit ihrer Themastellung ein Interesse für das politische Verhalten der Bevölkerung in dem gegebenen lokalen Rahmen des Industriegebietes an der mittleren Saar. Sie versuchen, die politisch wirksamen Kräfte aufzuzeigen. So gesehen geben sie am Beispiel der Saargegend eine Antwort auf die Frage, ob der Mensch seine politische Haltung nach wirtschaftlichen oder ideellen Gründen ausrichtet. Aufgezeigt wird damit der fortwährende Konflikt des Menschen zwischen Notwendigkeit und Freiheit, dessen Deutung in der jüngsten Vergangenheit im Randgebiet von drei Wissenschaften: der Soziologie, der Wissenschaft von der Politik und der Erdkunde durch „wahlsoziologische“ oder „wahlgeographische“ Untersuchungen unternommen worden ist⁴⁾.

²⁾ *Bellot, Josef*: Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815—1918). Rheinisches Archiv, Veröffentlichungen des Institutes für geschichtliche Landeskunde und der Rheinlande an der Universität Bonn, Nr. 45. 251 S. L. Röhrscheid Verlag, Bonn 1954. DM 22,—.

³⁾ Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes, Nr. 6, Die Gemeinderatswahl am 27. März 1949, herausgegeben vom Statistischen Amt des Saarlandes (Prof. Dr. *Blind*), Saarbrücken 1952, 62 S. 200,— Fr.

Beiträge zur Statistik der Stadt Saarbrücken — Heft 2. Statistischer Rückblick auf die Landtagswahl in der Stadt Saarbrücken am 5. Oktober 1947, von Prof. Dr. *Blind*, Saarbrücken 1947, 39 S. (hektogr.)

Beiträge zur Statistik der Stadt Saarbrücken — Heft 4. Statistischer Rückblick auf die Gemeinderatswahl in der Stadt Saarbrücken am 27. März 1949, von Prof. Dr. *Blind*, Saarbrücken 1949, 42 S. (hektogr.)

Verwaltung und Statistik der Stadt Saarbrücken im 4. Vierteljahr 1952. Statistischer Rückblick auf die Landtagswahlen in der Stadt Saarbrücken am 30. November 1952, von Prof. Dr. *Blind*, S. 5—37.

⁴⁾ Auf diesem Gebiet ist auf eine beachtliche Arbeit des Geographen *Leyden, Fr.*: Verkiezings-Geografie van Amsterdam, in *Mensch en Maatschappij*, 10. Jg. (1934?) S. 102—117 zu verweisen.

Neuerdings befaßt man sich in Frankreich mit diesem Themenkreis, und es gibt in der Schriftenreihe «Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences politiques» eine Anzahl von Veröffentlichungen, wie z. B.

Nr. 1 *Morazé, Ch.*; *Mac Callum, R. B.*; *Le Bras, G.*; *George, P.*: Etudes de sociologie électorale. 89 S.

Nr. 9 *Siegfried, André*: Géographie électorale de l'Ardèche. 140 S.

Nr. 26 *Dupeux, G.*; *Goguel, Fr.*: Sociologie électorale. 1951, 96 S.

Nr. 27 *Goguel, Fr.*: Géographie des élections françaises de 1871 à 1951. 1951, 142 S.

Nr. 60 *Goguel, Fr. u. a.*: Nouvelles études de sociologie électorale. 1954, 214 S.

alle im Verlag Armand Colin, Paris.

Eine gründliche geographische Auswertung der schwedischen Reichstagswahlen von 1911 bis 1948 hat *F. Lågnert* vorgenommen: The electorate in the country districts of Scania. Lund Studies in Geography, Ser. B. Human Geography, No. 5. Lund, 1952, 25 S.

I.

Die Saargegend mag zu einer derartigen Untersuchung ein ideales Feld abgeben, aber man muß dabei in Betracht ziehen, daß die besondere Stellung des Gebietes von 1920—1935 und seit 1945 nicht ohne Einfluß auf die politische Meinungsbildung geblieben ist. Die hieraus erwachsene Schwierigkeit kann aber überwunden werden, wenn man das politische Leben an der Saar von den ersten Anfängen der demokratischen Entwicklung an kennt. Diese Aufgabe wird merklich erleichtert durch die Veröffentlichung von *Bellot*, der über eine Zeitspanne von mehr als hundert Jahren hinweg das politische Geschehen im preußischen Teil der Saargegend untersucht.

In nüchternem knappem Stil stellt er die Vielfalt der politischen Betätigung im vergangenen Jahrhundert dar, wie z. B. das Entstehen von Petitionen und Adressen, die Tätigkeit der Wahlkomitees, die Wahlversammlungen und Wahlhandlungen u. a. m. Indem er die rege Teilnahme der Bevölkerung an dem politischen Geschehen aufzeigt, widerlegt er so manches in der jüngsten Vergangenheit aufgetauchte Propagandamärchen wie z. B. von den „Mußpreußen“ an der Saar. Durch ein intensives Studium der Presse und der öffentlichen Archive ist es *Bellot* gelungen, den umfangreichen Stoff zu bewältigen und ihm eine übersichtliche Darstellung zu geben, die jedem bekannt sein müßte, der sich in sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht für die Saar interessiert.

Es ist erstaunlich festzustellen, wie sehr die Bevölkerung an der Saar an ihrer bodenständigen Art festgehalten hat trotz der raschen wirtschaftlichen Entwicklung, welche die Landschaft in ein hochentwickeltes Industriezentrum verwandelt hat. Daraus leitet sich bis zum heutigen Tage eine Beständigkeit in der politischen Haltung ab, die von einem oberflächlichen Betrachter allerdings nicht gesehen werden kann. *Bellot* stellt nämlich einmal dar, wie die Wahlkreise an der allgemeinen Entwicklung beteiligt waren, ihre Grundzüge aber bewahren konnten. Zum anderen gibt er für die Zeit vor 1919 eine Definition der politisch wirksamen Kräfte, die in vielen Stücken auch für die Gegenwart übernommen werden kann.

Für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus (1849—1913) war das Gebiet an der Saar in zwei Wahlkreise eingeteilt, in den Wahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis (2 Abgeordnete) und in den Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel (3 Abgeordnete). Für die Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes (1867) und zum Reichstag (1870—1912) änderte sich hieran insoweit etwas, als der Saarbrücker Landtagswahlkreis unter Hinzunahme des Kreises Meisenheim zwei Reichstagswahlkreise (je 1 Abgeordneter) ergab, nämlich Wahlkreis Saarbrücken und Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim. Der Wahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis zeichnete sich durch seinen landwirtschaftlichen Charakter aus. Die Industrie hatte sich nur an einigen Plätzen im Saartal einpflanzen können wie z. B. in Saarlouis, Dillingen, Beckingen, Merzig und Mettlach. Die starke Aufwärtsentwicklung der Gruben und Hütten im benachbarten Bezirk wirkte sich nur durch die wachsende Zahl der Berg- und Hüttenarbeiter im

Kreis Saarlouis und in einigen Teilen des Kreises Merzig aus. Diese Bewegung veränderte nichts am Anteil der katholischen Bevölkerung, die auch heute noch rund 95 % beträgt. Abgesehen von der Periode der Revolutionsjahre bis zum Ende der Konfliktzeit (1848—1870), zu einer Zeit, da noch keine politischen Parteien im heutigen Sinne bestanden und das Ansehen einiger liberaler Politiker, wie z. B. *Cello*, von großer Bedeutung war, hat der Wahlkreis nur Abgeordnete des Zentrums in die beiden Parlamente nach Berlin geschickt.

Im benachbarten Saarbrücker Wahlkreis lagen die Dinge anders. Nach der Inbetriebnahme der Eisenbahnen setzte eine industrielle Entwicklung ein, welche ein stetiges Anwachsen der Produktion und der Bevölkerungszuwanderung zur Folge hatte. Aus Eifel, Hunsrück und Pfalz kam die Mehrzahl der Arbeitssuchenden, die sich am eigentlichen Industrieort oder in der Nähe niederließen. Von dieser Zeit datierten die großen sich aneinanderreihenden Industriedörfer im Blies-, Sulzbach- und Fischbachtal. Das zahlenmäßige Verhältnis der Religionszugehörigkeit wurde durch diese Bewegung nur geringfügig verändert, die wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch zu einer gewissen Auflockerung der konfessionellen Grenzen geführt. Für die Kreise Saarbrücken-Land und Ottweiler blieb das Verhältnis für 1871 und 1905 das gleiche, ca. 65 % Katholiken und 35 % Protestanten. Für den landwirtschaftlichen Kreis St. Wendel ergaben sich 85 % (Katholiken) gegen 15 % (Protestanten). Lediglich in Saarbrücken war eine kleine Verschiebung zu verzeichnen, der evangelische Anteil sank für die gleiche Zeit von 51,7 % auf 45,8 %, der katholische Anteil stieg dagegen von 47,3 % auf 53 %.

Das kulturelle, wirtschaftliche und auch politische Zentrum des Wahlkreises war Saarbrücken, hier fand der liberale Gedanke achtbare Verfechter beim politisch tätigen Bürgertum. Von hier gingen die Impulse für das politische Leben der ganzen Umgegend aus. Die konservativen Eisen- und Stahlhüttenbesitzer und die hohen Bergbeamten waren zwar nicht die idealen Verbündeten, aber gegen das Zentrum bildeten Liberale und Konservative im Wahlkreis eine gemeinsame Front, so daß die Zentrumsparlei nie daran dachte, eine Gegenkandidatur bei den Landtagswahlen aufzustellen. Im Reichstagswahlkreis Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim waren es die protestantischen Wähler des Kreises Meisenheim, welche dem Zentrum den Weg zur erfolgreichen Kandidatur versperrten. Erst zu Beginn dieses Jahrhunderts konnte das Zentrum beweisen, daß es auch bei einem konfessionell gemischten Gebiet sich durchzusetzen vermochte.

In den beiden Wahlkreisen beherrschten vor dem ersten Weltkrieg drei Elemente das politische Geschehen: der Katholizismus, das nationale Zugehörigkeitsgefühl und die Eigenart des sozialen Systems.

Der starke Anteil der katholischen Bevölkerung sicherte der konfessionell gebundenen Zentrumsparlei einen bestimmenden Einfluß. Selbst die fortschreitende Industrialisierung änderte nichts an der konfessionellen Zusammensetzung, was zum Teil auf den stärkeren Zuzug von Arbeitssuchenden aus den katholischen Gebieten von Eifel und Hunsrück gegenüber dem

konfessionell gemischten Pfälzerland zurückzuführen ist. Hinzu gesellte sich die vielfach dörfliche Siedlungsweise und auch der Zug zum Traditionellen im Berufsleben der Berg- und Hüttenknappen. Beide bewirkten es, daß die bodenverbundene Selbsthaftigkeit nicht verlorenging, was in anderen Industrievieren der Fall war. Die Kirche konnte daher den direkten Kontakt mit der Arbeiterschaft bewahren, wobei die christliche Arbeiterbewegung und die vielen der Kirche nahestehenden Vereine wertvolle Dienste leisteten.

Die zweite politische Kraft ist die Empfindlichkeit der Grenzlandbevölkerung in nationalen Fragen, die von *Bellot* (S. 119) zu weitgehend mit „blindem Nationalismus“ bezeichnet wird. Dabei ist doch die Idee von der Nation die große, von der französischen Revolution ausgelöste Leitidee des Jahrhunderts. In Deutschland wurde sie zum sehnlichen Wunsch nach dem einen Reich, den die Menschen an der Saar mit allen Deutschen teilten. Darüber hinaus trug die Grenzlage dazu bei, daß sich zu der Begeisterung für ein einiges deutsches Vaterland die Reaktion auf die ganz konkrete Gefahr aus dem Westen gesellte. Die Bevölkerung sah sich den imperialistischen Absichten eines Napoleon III. gegenüber und erlebte in nächster Umgebung, im Elsaß und in Lothringen, das Beispiel der Umgestaltung des Volkstums. Sie mußte daher besonders wachsam bleiben und eine entschlossene Haltung einnehmen, wenn dieselbe auch oft nicht von Außenstehenden verstanden werden konnte.

Aus den Anfangsschwierigkeiten der jungen aufwachsenden Industrie erklärt sich das besondere soziale System an der Saar, das darin bestand, daß die Unternehmerschaft, wie z. B. die Eisen- und Glashüttenbesitzer und die hohen Grubenbeamten, ihren patriarchalischen Einfluß weitgehend ausnutzten, um im dienstlichen und privaten Bereich eine Art autoritäre Überwachung zu errichten. Es bestand zudem eine Absprache zwischen allen Betriebsleitungen, keinen wegen „schädlicher Umtriebe“ entlassenen Arbeiter wieder anzustellen. Damit war das anerkannte Koalitionsrecht in der Praxis arg beschnitten. Dagegen ankämpfen zu wollen, blieb lange erfolglos, da die Hauptvertreter Stumm und Vopelius das Reichstagsmandat und auf Grund ihrer Abmachungen mit den Liberalen einen Sitz im Landtag hatten. Mit dem Tode Stumms hörte diese günstige politische Konstellation auf, denn die Liberalen benutzten die Gelegenheit, um sich von der engen Verbindung mit den Konservativen abzuwenden, womit sie in eine Mittelstellung zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft kamen. Von dieser Zeit an datiert das sozialpolitische Leben an der Saar; 1904 wurde die christliche Gewerkschaft in Saarbrücken gegründet, und zur gleichen Zeit gelingt es den Sozialdemokraten — wenn auch nur zaghaft — Fuß zu fassen. Obgleich das eigenartige Sozialsystem noch nicht zusammenbrach, so war aber sein vorherrschender Einfluß gebannt. Damit war endgültig für die Bevölkerung der Weg frei, die Stimmen entsprechend ihren weltanschaulichen oder sozialpolitischen Ansichten abzugeben, was für die politische Gesellschaft von heute bestimmend wurde.

II.

Auf der Friedenskonferenz von Versailles kam es zur Bildung des „Saargebietes“, d. h. zum Zusammenschluß der von Preußen und Bayern verwalteten Gebietsteile in einem Wirtschaftsgebiet. Die Aufzeichnung dieses Vorganges verdanken wir dem deutsch-amerikanischen Historiker *Helmut Hirsch*, der durch seinen Aufenthalt an der Saar in den Jahren vor der Volksabstimmung (1933—1935) direkten Einblick in die Verhältnisse der saarländischen Industrielandschaft erhielt. Was der Verfasser als Ergebnis seiner Arbeit vorlegt, verdient daher volle Beachtung.

In seiner Darstellung der Versailler Vertragsverhandlungen „Die Saar in Versailles“, hat *Hirsch* es verstanden, die bisher unbekanntenen Unterlagen der amerikanischen Konferenzdelegation anzuziehen. Was er über die Entstehung des „Saarkohlenbeckens“, wie es damals in Versailles hieß, aufzeichnet, gewinnt daher eine gewisse Abrundung, die man fast als endgültiges Urteil ansprechen darf.

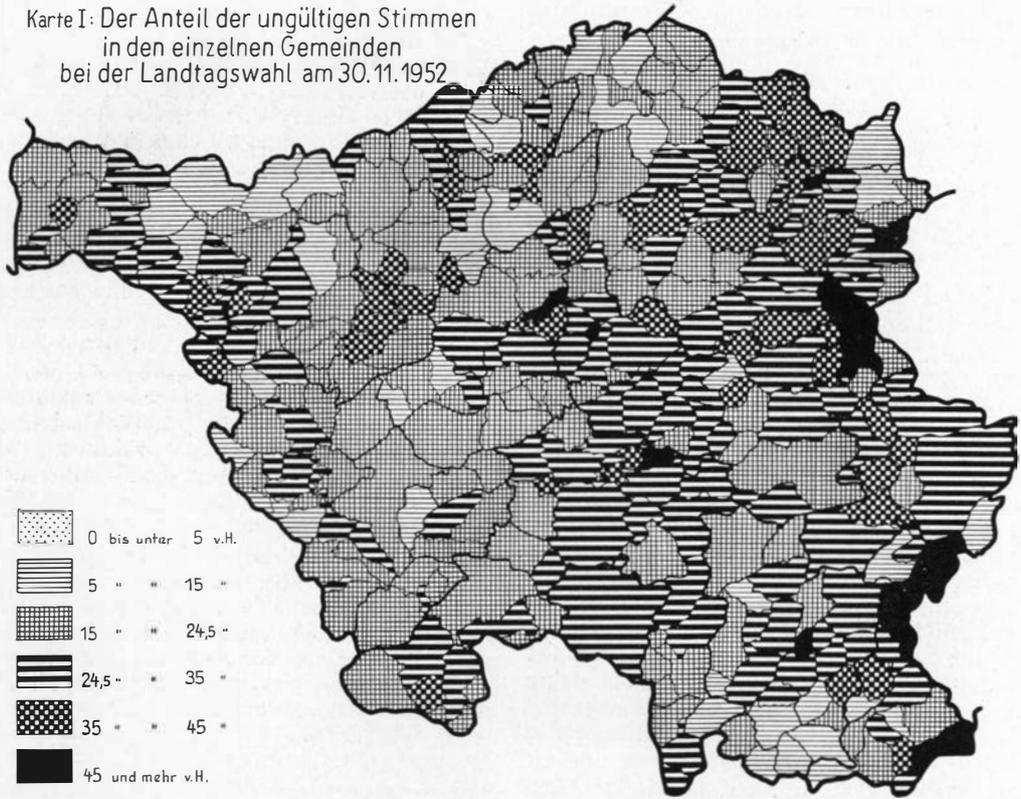
Der Verfasser aber geht auch auf die privaten und offiziellen Vorbereitungen der Franzosen ein. Dabei wird es klar, welche Bedeutung gerade den wissenschaftlichen Vorarbeiten bei den Verhandlungen und somit auch bei der letztlich getroffenen Entscheidung zukommt, die im vorliegenden Fall nichts anderes darstellt, als die erste politisch-geographische Definition der Wirtschaftslandschaft an der mittleren Saar.

Die „Saar von Genf“ ist in der Hauptsache dem Wirken der vom Völkerbund eingesetzten und mit sehr weitgehenden Vollmachten versehenen Regierungskommission gewidmet. Den meisten Saarländern ist dieselbe nicht gerade in angenehmer Erinnerung, denn von der ihr aufgetragenen neutralen Haltung zwischen den Interessen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Vormachtstellung Frankreichs war sie oft zum Mißfallen der Bevölkerung entfernt, deren parlamentarische Vertretung auf Grund ihrer nur beratenden Befugnisse nicht eingreifen konnte.

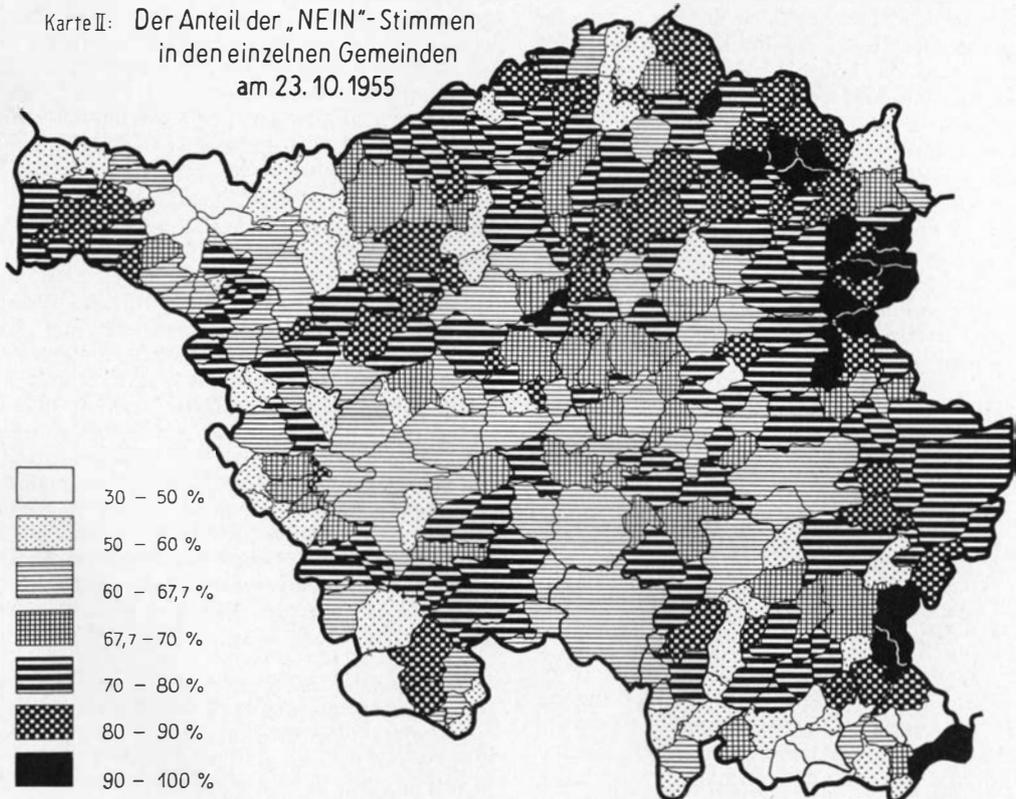
Den Wahlen zu dem parlamentarischen Gremium, dem Landesrat, kam daher keine volle Bedeutung zu, was auch die Wählerschaft durch eine verhältnismäßig geringe Wahlbeteiligung bescheinigte. Dessenungeachtet ließen diese Wahlen die politische Orientierung der „Saargebietsbewohner“ erkennen, die ihre Stimmen auf drei politische Familien verteilten; das Zentrum, die sozialistischen Parteien und die liberalen Mittelparteien⁵⁾. Dabei erhielt das konfessionell gebundene Zentrum jeweils die meisten Stimmen, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu erreichen. Die beiden sozialistischen Parteien S.P.D. und K.P.D. vereinten von 1924 an mehr als 30 % der gültigen Stimmen auf ihre Wahlvorschläge. Die allzu starke Aufsplitterung der liberalen Parteien brachte den nichtkatholischen Mittelstand um eine echte Vertretung und hatte in der Folgezeit eine Minderung des Stimmenanteils zur Folge. (Tabelle 1.)

⁵⁾ *Straus, Emil*: Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes. Eine soziographische Beschreibung. (Dissertation Frankfurt.) Würzburg 1935, 179 S. Für die Zeitspanne 1919—1932 bleibt die Arbeit von *Straus* die bedeutendste, es ist aber auf die teilweise marxistisch anklingende Wertung des Autors hinzuweisen.

Karte I: Der Anteil der ungültigen Stimmen
in den einzelnen Gemeinden
bei der Landtagswahl am 30.11.1952

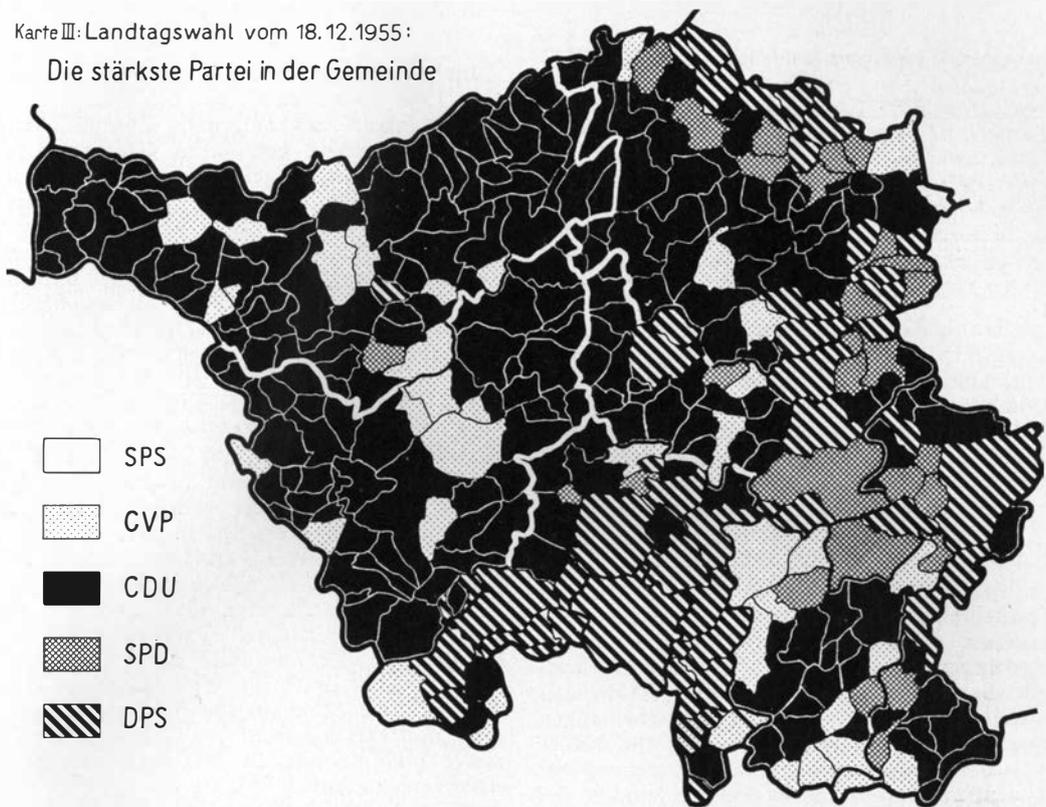


Karte II: Der Anteil der „NEIN“-Stimmen
in den einzelnen Gemeinden
am 23.10.1955



Karte III: Landtagswahl vom 18. 12. 1955:

Die stärkste Partei in der Gemeinde



Übersichtskarte Verwaltungsgliederung des Saarlandes



Tabelle 1:

Ergebnisse der Wahlen zum Landesrat von 1922—1932.

	Betei- ligung	Ungültige Stimmen	Zentrum	SPD	KPD	Bü.gerl Parteien - zusammen
1922	54,4 %	0,3 %	47,7 %	15 %	7,5 %	ca. 28 %
1924	67,5 %	0,3 %	44 %	18 %	16 %	22 %
1928	66,1 %	1,5 %	46,3 %	15,6 %	16,7 %	21,4 %
1932	77,3 %	1,8 %	43,3 %	10 %	23 %	14 %
						NSDAP 6,8 %

III.

Wie stellt sich das Bild der politischen Gesellschaft der Saargegend heute dar? Die Schriften von Professor Dr. *Blind*, Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes und der Stadt Saarbrücken, geben hierüber aufschlußreiche Antwort. Von den Wahlergebnissen ausgehend, stellt *Blind* eine Vielzahl von Relationen zum politischen und sozialen Leben her, so daß der Standort der verschiedenen Wählergruppen genau abgegrenzt werden kann. Die knappen und übersichtlichen Darstellungen tragen zur Orientierung eines jeden politisch Interessierten in hohem Maße bei.

Die parteipolitische Orientierung der Jahre vor 1935 ist heute dahingehend korrigiert, daß mit der christlich-demokratischen Partei (CVP) eine überkonfessionelle Formation gefunden wurde, die in den konfessionell gemischten Gebieten im ehemaligen preußischen und bayrischen Teil die Stimmen beider Konfessionen auf sich vereinigen kann. Zudem ist gegenüber den zwanziger Jahren ein Schwinden des zahlenmäßigen Einflusses der kommunistischen Partei zu verzeichnen, im übrigen eine in Westdeutschland allgemeine Erscheinung.

Die seit 1945 durchgeführten Wahlen (Gemeinderatswahlen 1946 und 1949, Landtagswahlen 1947 und 1952) bescheinigen eine weitgehende Stabilität der politischen Haltung der Bevölkerung, die sich verhältnismäßig frei für eine Weltanschauung oder eine bestimmte Gesellschaftsordnung erklären konnte. Der mit der demokratischen Entwicklung beginnende Kampf um die Mitsprache der Bevölkerung an den innenpolitischen Entscheidungen hat vornehmlich die beiden Kräfte in den Vordergrund gebracht, die durch die weltanschaulichen und sozialen Bevölkerungsstrukturen gegeben sind: das Christentum und der Sozialismus.

Durch die Existenz der christlichen Gewerkschaften behält die christliche Partei an der Saar einen ständigen Kontakt mit weiten Kreisen der Arbeitnehmererschaft namentlich im Bergbau und in den Industriezweigen; dadurch kann sie sich ein beachtliches Übergewicht gegenüber der sozialistischen Partei sichern. (Tabelle II.)

Tabelle 2:

Ergebnisse der Wahlen zum Landtag (1947 u. 1952) und zu den Gemeindeparlamenten (1946 u. 1949) (in Prozent).

	Betei- ligung	Ungültige Stimmen	CVP	SPS	KP	DPS	Freie Liste	CDU	SPD
1946	93	5,5	52,4	25,5	9,1	—	13		
1947	95,7	9,8	51,2	32,8	8,4	7,8	—		
1949	88,6	9,7	49,7	31,2	8,6	6,6	3,9		
1952	93,1	24,5	54,7	32,4	9,5	3,4*)	DV		

IV.

Im politischen Leben an der Saar in den Jahren nach 1945 konnte durch das Einspracherecht der Besatzungsmacht das nationale Zugehörigkeitsgefühl, dessen Bedeutung gerade im Grenzraum nicht zu unterschätzen ist, ausgeklammert werden. Auf Grund der französischen Vorbehalte zu den Potsdamer Vereinbarungen vom 2. 8. 1945 war es an der Saar bis zum 25. 7. 1955 nicht möglich, politische Parteien mit einer gesamtdeutschen Zielsetzung zu bilden. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb für viele Bewohner die uneingeschränkte Ausübung der politischen Rechte ausgeschlossen, da eine offene Bekundung der Zugehörigkeit zu Deutschland in der Saardemokratie von 1945—1955 unmöglich gemacht war.

Der maßgebliche französische Saarpolitiker G. Grandval erinnerte sich nur mit bitterer Wehmut an die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935, und er wollte um jeden Preis verhindern, daß sich die deutschbewußten Menschen in demokratisch gültiger Form für ihr Volkstum erklären konnten. Sein Vorhaben glückte ihm, solange er die Monopolstellung der autonomistischen Parteien CVP und SPS durch die Nichtzulassung anderer Parteien aufrechterhalten konnte. Den Wählern blieb daher nur die Möglichkeit, entweder durch die Wahlenthaltung oder durch die ungültige Stimmabgabe ihrer deutschen Auffassung indirekt Ausdruck zu verleihen. Daß sich zu dieser Haltung nur die fest entschlossenen Wähler durchringen konnten, erklärt sich aus dem Wesenszug des deutschen Menschen, der verhältnismäßig spät und erst nach reiflicher Überlegung eine kritische Stellung — nahme beziehen kann. So erhält die Anzahl der am 30. November 1952 ungültig abgegebenen Stimmen ein größeres Gewicht, als die einfache Gegenüberstellung der Zahlen es erkennen läßt. [6] und Karte I.]

Dem Statthalter Frankreichs an der Saar kam damals nicht zum Bewußtsein, wie gefährlich für seine politischen Pläne diese langsame und stetige Entwicklung in der Meinungsbildung werden konnte, denn er hielt in Übereinstimmung mit dem langjährigen Regierungschef Hoffmann unverändert an der Einschränkung der demokratischen Freiheiten fest. Erst Dr. Adenauer und Mendès-France vereinbarten im Saarabkommen vom 23. Oktober 1954, daß „die politischen Parteien, die Vereine, die Zeitungen und die öffentlichen Versammlungen einer Genehmigung nicht unterworfen werden“. Selbt da änderten die politischen Machthaber an der Saar ihre Haltung nicht und gestatteten die Bildung politischer Parteien sozusagen in letzter Minute, und zwar zum Beginn der dreimonatigen Vorbereitungszeit zur Volksbefragung über das Saarstatut am 25. Juli 1955.

6) *Hagmann, Joachim*: Die saarländischen Landtagswahlen vom 30. November 1952. Verlag Deutsche Glocke, Köln 1953, 234 S.

Hagmann legt dar, unter welchen Umständen der stille Protest der 49 000 Wähler von 1947 anwuchs zu einem offenen Protest der 141 000 Wahlberechtigten.

Es wurden folgende Stimmen als ungültig abgegeben:

1946	24 817	(vergleichsweise die Zahlen von 1955:	
1947	49 662	23. 10. 55	15 743
1949	49 937	18. 12. 55	11 060)
1952	141 792		

Das Statut barg eine Reihe von Folgerungen für das weitere Schicksal der Saar im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu Deutschland in sich, die im Falle der Annahme auf unbestimmte Zeit in Frage gestellt worden wäre. Außerdem wurde der europäische Charakter des Statuts vor allem wegen der undemokratischen Haltung Grandvals und Hoffmanns stark angezweifelt. Es war daher weiter nicht verwunderlich, wenn am Abstimmungstag 423 434 Wähler, das waren bei der hohen Wahlbeteiligung von 96,6 % zwei Drittel der gültigen Stimmen, das Statut ganz einfach abgelehnt haben. Ein gemeindeweiser Vergleich mit dem Anteil der 1952 ungültig abgegebenen Stimmen mit dem Anteil des „NEIN“ vom 23. 10. 1955 (Karte II) ergibt bis auf wenige Ausnahmen eine beachtliche Übereinstimmung. Darin wird die Absage der Bevölkerung an das bestehende Regime deutlich zum Ausdruck gebracht.

Das klare Ergebnis, dessen Glaubwürdigkeit durch die Anwesenheit einer internationalen neutralen Überwachungskommission noch erhöht wurde, hatte die Neuwahl des Landtages am 18. Dezember 1955 zur Folge. Die Landtagswahl bestätigte den Volksentscheid vom 23. Oktober 1955 (Karte III) und brachte sogar eine Verringerung der Wählerschaft der autonomistischen Richtung mit sich, die CVP und SPS zusammen erhielten nur 27,6 % gegenüber 32,2 %, JA-Stimmen wenige Wochen zuvor. (Tabelle III).

Tabelle 3: Ergebnisse der Volksbefragung vom 23. Oktober 1955 und der Landtagswahl vom 18. Dezember 1955:

Volkbefragung	Beteiligung	Ungültig	JA = 32,3 NEIN = 67,7					
23. 10. 55	96,6	2,5						
Landtagswahl								
18. 12. 55			CDU	DPS	SPD	CVP	SPS	KP Sons
Wahlkreis I:								
Saarbrücken								
Stadt u. Land	89,1	1,8	17,6	32,1	14,6	19,3	7,7	7,0 1,8
Wahlkreis II:								
Saarlouis,								
Merzig-Wadern	91,8	2,2	35,8	17,8	9,7	25,5	4,0	4,9 2,1
Wahlkreis III:								
Ottweiler, St.								
Wendel, Hom-								
burg, St. Ingbert	90,9	1,7	26,0	20,6	22,3	21,8	5,2	7,2 1,7
Gesamt-								
ergebnis:	90,4	1,8	25,4	24,2	14,3	21,8	5,8	6,6 1,9
Verteilung der								
Mandate:			14	12	7	13	2	2 —

Auf dem Weg zur politischen Mündigkeit hat die Bevölkerung an der Saar es zu Beginn des Jahrhunderts verstanden, sich von einer weitgehenden sozialen Bevormundung zu befreien. Die beiden verlorenen Kriege brachten von außen her eine neue Bürde für die Grenzlandbevölkerung mit sich. Zweimal unterlag die freie Ausübung der bürgerlichen Grundrechte einer nationalpolitischen Einschränkung. Der Volksentscheid vom 23. Oktober 1955 hat dieses Hindernis weggeräumt, um nunmehr an der Saar eine Zeitspanne freier demokratischer Betätigung einzuleiten.

ATLANTIS – WIEDER EINMAL „GEFUNDEN“!

Zu der in Bd. IX, Heft 2, 1955, S. 132—134 der „Erdkunde“ unter dem obigen Titel erschienenen Buchbesprechung sandte der Verfasser des Werkes „Atlantis – gefunden“, O. H. Muck, die folgende Erwiderung mit der Bitte um Abdruck. Die Schriftleitung gibt loyalerweise dem Verfasser und dem Rezensenten nochmals Raum zur Meinungsäußerung.

Die Schriftleitung

1. Antwort des Verfassers

Die Kritiker, die, wie Herr Groß, die „zwar sehr seltsame, aber durchaus wahre“ Geschichte Platons über die Insel Atlantis als illustrative Fabel auffassen, übersehen, daß diese eine von jedermann nachprüf-bare geographische Angabe enthält; Platon schreibt (Timaios, 24 E):

Es gab vor der Mündung, die ihr in eurer Sprache die Säulen des Herakles nennt, eine Insel. Diese Insel war größer als Libya und Asia zusammen; von ihr aus konnten, die damals reisten, auf die anderen Inseln hinüberfahren, von diesen Inseln aber auf das ihnen gegenüber liegende Festland, welches jenes wirkliche Meer umschließt . . .

Diese Stelle lokalisiert westlich von Atlantis weitere Inseln vor einem riesigen Festland — unverkennbar dem tatsächlichen, geographischen Befund (Antillen, Bahamas, Amerika) entsprechend. Diese Angabe widerspricht aber völlig dem geographischen Wissen und der religiösen Vorstellung der Antike. Platon könnte sie gar nicht erfunden, er muß sie überliefert bekommen haben. Sein Bericht enthält also mindest darin einen wahren Kern.

Die Frage, ob es wirklich im Nordost-Atlantik eine später untergegangene Großinsel gegeben hätte, kann — wie ich in meinem Buche gezeigt habe — paläoklimatisch dann überprüft werden, wenn diese Großinsel zufällig so lag, daß sie den Golfstrom von Nord-west-Europa abgehalten hätte. Dann hätte nämlich während der Zeit vor ihrem Untergang Nordwest-europa die durch die Golfanströmung bewirkte, heutige Klimabegünstigung vor Nordostamerika nicht gehabt. Dieses Kriterium ist für das Quartär erfüllt, weil die damalige Landeisdecke zu beiden Seiten des Atlantik etwa gleich weit nach Süden gereicht hat. Herr Dr. Groß hat diese Argumentation nicht widerlegt. Da indes auch im Quartär äquatoriale Ostpas-sate und in den höheren Breiten vorherrschende Westwinde geweht haben, muß es auch einen Golfstrom gegeben haben. Da er nach Lage der quartären Vereisungsgrenzen Nordwesteuropa nicht beeinflusst haben kann, muß er vorher aufgehalten worden sein. Die Sperrwirkung einer Golfstromsperrinsel könnte nur durch ihren Untergang beendet worden sein. Für diesen mit dem Ende des Quartärs identischen Zeitpunkt gibt die Warwen-Zählung de Geers etwa das Jahr — 10 000 an; und Platon berichtet, Atlantis sei etwa 9000 Jahre vorher, also etwa — 9600 versunken; auch diese Angabe ist stichhaltig und nicht, wie Herr Groß behauptet, mythisch. Man findet weiter dort, wo heute der Golfstrom über den Atlantik-Rücken